

### Thema der Woche

## Die Leistung unserer Landwirtschaft

**Der Bundestag hat am Freitag den Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft und die Maßnahmen der Bundesregierung zugunsten der Landwirtschaft zur Kenntnis genommen.**

Es ist das 13. Mal, daß in Ausführung des Landwirtschaftsgesetzes von 1955 der Grüne Bericht der breiten Öffentlichkeit eine Übersicht über die Entwicklung und Lage der Landwirtschaft vermittelt.

Wie in allen bisherigen Berichten muß der Bundesregierung die Folgerichtigkeit ihrer Agrarpolitik bestätigt werden. Diese Politik ist langfristig ausgerichtet und soll die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft auf dem heimischen Markt und auch auf dem Markt der EWG heben.

Die Landwirtschaft ist von Jahr zu Jahr leistungsfähiger geworden. Diese positive Aussage wird aber ebenfalls – fast von Bericht zu Bericht – begleitet von der ungünstigen Aussage der sogenannten Disparität der Einkommen.

Trotz steigender Erlöse in der Landwirtschaft bleibt die Entwicklung des Einkommens unseres Bauern und der sonst in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung hinter den vergleichbaren Einkommens in der gewerblichen Wirtschaft zurück.

## CDU verstärkt Hochschulpolitik

Der Vorsitzende des neugegründeten CDU-Beirats für Hochschul- und Forschungspolitik, Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg, umriß in der konstituierenden Sitzung dieses Gremiums die vordringlichsten Aufgaben des Beirats. Dabei konzentrierte sich Dr. Stoltenberg auf zwei Schwerpunkte: Erstens die Stellung des akademischen „Mittelbaues“ an den Hochschulen, also der Assistenten, Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter, zu verbessern und zweitens das Mitspracherecht der Vertreter der Studentenschaft und des Mittelbaues in den Organen der Selbstverwaltung gründlich zu diskutieren und entsprechende Reformvorschläge zu erarbeiten.

Nach den Vorstellungen Bundesforschungsinstituts Dr. Stoltenberg soll eine gesonderte Kommission darüber beraten, wie die rechtliche und soziale Stellung der Assistenten und Mitarbeiter zu verbessern ist. Wie dringlich eine Lösung dieses Problems geworden ist, zeigt der sprunghafte Anstieg der wissenschaftlichen Assistenten und Mitarbeiter an den Universitäten und

Hochschulen von 9000 im Jahre 1960 auf 20 000 im Jahre 1967.

Eine Hauptaufgabe des Beirats wird es sein, die Ergebnisse und Arbeiten des Wissenschafts- und Bildungsrates „vergleichend zu prüfen und ihre politische Verwirklichung“ zu suchen. Entscheidend kommt es nämlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt darauf an, in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Ländern die angestrebten Reformen endlich zu realisieren.

Der Beirat will die Kontakte zwischen Politikern, Professoren und Studenten verstärken. In diesem Zusammenhang sind Regionaltagungen mit Vertretern der studentischen Selbstverwaltung und demokratischen Hochschulgruppen geplant. Als natürliche Gesprächspartner der CDU bezeichnete Dr. Stoltenberg die Studentenorganisationen, die sich gegen den Radikalismus von links und rechts zur Wehr setzten.

Im Januar 1969 wird der Beirat einen CDU-Bundeskongreß über Fragen der Hochschul-Politik veranstalten.

Die steigende Leistungskraft der Landwirtschaft wird durch folgende Daten gekennzeichnet.

- Gute Ernteergebnisse im Jahre 1966 und Rekordernte im Jahre 1967
- Zunehmende Erzeugung von tierischen Veredelungsprodukten
- Weiterer Anstieg der Produktionsleistung der landwirtschaftlichen Betriebe
- Erneuter Anstieg der Arbeitsproduktivität
- Höchststand der Nahrungsmittelproduktion und Selbstversorgungsgrad von gut einem Drittel des Gesamtverbrauchs.

Diese Entwicklung ist nicht nur das Ergebnis der Eigenanstrengungen der Landwirtschaft und der langfristigen Agrarpolitik der Bundesregierung, sondern gleichzeitig auch ein Erfolg aus der Verbesserung der Agrarstruktur.

Hierzu stellt der Grüne Bericht eindeutig fest, daß auch im Wirtschaftsjahr 1966/67 die Agrarstruktur an die Gegebenheiten der modernen Landwirtschaft und an die Erfordernisse des Europäischen Marktes angepaßt wurde.

Aber gerade dieser gewaltige Strukturwandel ist es, der von der landwirtschaftlichen Bevölkerung die größten Anstrengungen verlangt; er löste einen Rationalisierungsprozeß aus, der zum Ersatz der fehlenden Arbeitskräfte und zur Hebung der Arbeitsproduktivität einen großen Maschinen- und Geräteeinsatz verlangte. Und diese Tatsache führte wiederum zu einem Kapitalbedarf und einer Verschuldung der Landwirtschaft, die nachteilig auf die Einkommenssituation der Landwirtschaft wirkte.

Die Sorgen der Agrarpolitik und der Landwirtschaft finden hier eine wesentliche Begründung. Selbstverständlich sind auch die Einkommen in der Landwirtschaft gestiegen; sie sind aber in ihrem Anstieg hinter der Entwicklung im gewerblichen Bereich zurückgeblieben.

Diese Entwicklung wird auch in Zukunft die besondere Aufmerksamkeit der staatlichen Agrarpolitik verlangen. Dies um so mehr, als unsere Landwirtschaft durch die gemeinsame EWG-Agrarpolitik Preisenkungen für ihre Erzeugnisse hat hinnehmen müssen.

Der Bundestag und insbesondere die CDU/CSU-Fraktion werden dieser Entwicklung ihre besondere Aufmerksamkeit schenken. Wie in einem anderen Grundstoffbereich, der Kohle, handelt es sich auch bei der Landwirtschaft darum, das gesteckte Ziel, Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung eines ausreichenden Einkommens mit Erfolg zu erreichen.

## HEUTE

Seite

Es geht wieder aufwärts	2
NPD zwischen Wahn und Wirklichkeit	5
Mißvergnügte Wochenende	8

**Der Fraktionsvorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion befaßte sich am 12. 2. mit wichtigen außenpolitischen Fragen. In der Debatte kam auch eine Äußerung des Bundesaußenministers zur Sprache, die er auf einem Bezirksparteitag der SPD gemacht hatte. Brandt hatte dort erklärt: „Wenn ich daran gehindert werde, die in der Regierungserklärung festgelegten Grundsätze der Außenpolitik und der Ostpolitik durchzuführen, auf die wir uns 1966 verpflichtet haben, würde ich nicht mehr Außenminister sein.“ Dazu stellte Fraktionsvorsitzender Dr. Barzel im Fraktionsvorstand fest:**

**„Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie die Außenpolitik unterstützt, welche in der Koalition verabredet und in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers niedergelegt ist.**

**Es gab und gibt keinen Anlaß für die Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen.“**



## DIE WOCHE IM BUNDESTAG

**Montag, 12. Februar:** Sitzung des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Schwerpunkt: Diskussion mit Bundeskanzler Kiesinger über aktuelle außenpolitische Fragen (s. S. 1).

**Dienstag, 13. Februar:** Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Vorbereitung der Plenarsitzung dieser Woche. Bundesernährungsminister Höcherl unterrichtet die Fraktion über den Inhalt des **Grünen Berichtes** und die Stellungnahme der Bundesregierung dazu.

Am Nachmittag debattierte das Plenum in 1. Lesung über das verkehrspolitische Programm der Bundesregierung und die Ergänzungsvorschläge der CDU/CSU-Fraktion dazu.

**Mittwoch, 14. Februar:** Beratung des Plenums des Bundestages über das **Jahresgutachten 1967** des Sachverständigenrates zur Begutachtung der **gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** und den von der Bundesregierung beschlossenen Jahreswirtschaftsbericht 1968.

Am Donnerstag tagten die Bundestagsausschüsse.

**Freitag, 16. Februar:** Das Plenum des Bundestages nahm den **Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft** gemäß §§ 4 und 5 des Landwirtschaftsgesetzes entgegen.

Die beiden nächsten Wochen sind im Bundestag sitzungsfrei.

Die erste Arbeitswoche des Bundestages im März findet dann in Berlin statt. In dieser Woche, vom 4. bis 8. März, tagen die Fraktionen und fast alle Bundestagsausschüsse in der alten Reichshauptstadt.

In der darauffolgenden Woche tritt dann wieder das Plenum des Bundestages in Bonn zusammen. Schwerpunkt der Beratungen sind dabei der Bericht des Bundeskanzlers über die **Lage der NATION**, die Aussprache dazu und die **Aussprache über den Grünen Bericht** zur Lage der Landwirtschaft.

Die einzelnen Tage für die Behandlung dieser Punkte werden noch festgelegt.

Die Arbeitsgruppe „Eigentum“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird am 29./30. März eine Klausurtagung durchführen, bei der über folgende Fragen beraten werden soll:

1. Verbesserung und intensivere Anwendung der vorhandenen Maßnahmen der gesetzlichen Sparförderung und des 312-DM-Gesetzes;
2. Förderung des Beteiligungs-sparens;
3. Ertragsbesteuerung und ihre Auswirkung auf die Vermögensbildung.

Zu diesen Beratungspunkten sollen sachverständige Referenten eingeladen werden.

## Verkehrspolitik

# Weichen für die Zukunft stellen

Bei der großen verkehrspolitischen Debatte im Deutschen Bundestag waren sich die beiden Fraktionen der Großen Koalition darüber einig, daß eine Neuordnung des gesamten Verkehrswesens notwendig ist. In der Aussprache über den vom Verkehrsminister eingebrachten Leber-Plan begründete der Verkehrsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Müller-Hermann, die Ergänzungsvorschläge seiner Fraktion.

In seinen Ausführungen fand Dr. Müller-Hermann lobende Worte für den Verkehrsminister, der einen Versuch unternommen habe, eine Lösung der Verkehrsprobleme im Rahmen einer Gesamtschau zu bieten. Er erklärte: „Die Vorschläge der CDU/CSU bilden keine Alternative um jeden Preis. So werden die Vorschläge von Leber im Ausbau des Verkehrsnetzes für die Luftfahrt, die Seeschifffahrt und die Seehäfen voll bejaht. Dabei wird den Zielsetzungen Lebers weitgehend zugestimmt. Allerdings bestehen gegen die Mittel und Verfahren schwerwiegende Bedenken. Die CDU/CSU zweifelt, daß mit dem Leber-Plan die gemeinsamen angestrebten Ziele erreicht werden können.“

Dr. Müller-Hermann wies auf die Widersprüche des verkehrspolitischen Programms der Bundesregierung zu anderen Forderungen hin. So habe Bundeswirtschaftsminister Schiller sich gegen Steuererhöhungen ausgesprochen. Demgegenüber sei der Leber-Plan mit erheblichen Zusatzbelastungen verbunden. Auch die vorgesehenen drei Milliarden DM Investitionen für die Bundesbahn entsprächen nicht den Leitlinien der mittelfristigen Finanzplanung. Außerdem sei nach Ansicht

Dr. Müller-Hermanns das Verkehrsprogramm der Bundesregierung zwangsläufig wachstumshemmend und preistreibend. Die Wirtschaft brauche aber für langfristige Dispositionen Ruhe.

Ausgangspunkt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist abseits aller Sonderinteressen eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung: **u. a. weltweiter harter Wettbewerb, nationale und internationale Arbeitsteilung, höchstmögliche Produktivität, Schnelligkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit der Verkehrsmittel sowie erhöhte Ansprüche an die Qualität der Verkehrsbedienung.** Die Lenkungsmaßnahmen des Leber-Plans würden aber bedeuten: Verschlechterung und Verteuerung der Verkehrsleistungen, wirtschaftlich unsinnige Umwege, Gefahr von Fehl-investitionen, Benachteiligung wirtschaftsschwacher und revierferner Gebiete.

Zu dem Sorgenkind der deutschen Verkehrspolitik der Bundesbahn meinte Dr. Müller-Hermann: „Die Bundesbahn soll tragende, ausgleichende und verbindende Mitte des Gesamtverkehrs bleiben. Die Bahn der Zukunft muß aber anders aussehen als heute. Dringend notwendig ist eine Anpassung an die ver-

änderte Nachfrage und Marktlage, denn man kann nicht die Nachfrage an die Struktur der Bundesbahn anpassen.“

Ausgangspunkt der marktkonformen verkehrspolitischen Vorschläge der CDU/CSU ist der Wunsch, gleiche Startbedingungen im Wettbewerb zu schaffen. Dazu erklärte Dr. Müller-Hermann: „Es muß unterstellt werden, daß der Schwerlastverkehr seine Wegekosten voll trägt. Die Beförderungssteuer im Leber-Plan will nicht Wegekosten angleichen, sondern Verkehrsströme umlenken. Sie ist steuersystemwidrig, EWG-widrig und verfassungswidrig. Die von der CDU/CSU vorgesehene Straßenbenutzungsgebühr ist systemklar und entspricht einer zukünftigen EWG-Regelung.“

Auch zum Werksverkehr hatte die CDU/CSU Ergänzungsvorschläge eingebracht. Im Gegensatz zum Leber-Plan, der eine bis fünffache Belastung des Werksfernverkehrs vorsieht, will die CDU den Werksfernverkehr auf organische Weise eindämmen.

Zu dem für die Bundesrepublik brennenden Problem der überfüllten Straßen und der zahlreichen Verkehrsunfälle führte der Redner der CDU/CSU aus: „Im Mittelpunkt der Verkehrspolitik steht der Mensch. Das Problem der Straßenentlastung und im Zusammeng damit der Unfalltoten ist zu ernst, um es mit Emotionen lösen zu wollen. Es handelt sich aber hierbei nicht allein um ein Lkw-Problem. In dem Zeitraum, in dem durch den Leber-Plan die Zahl der Lkw um 10 000 verringert werden soll, wird die Zahl der Pkw um fünf Millionen zunehmen. Der Leber-Plan führt zu einer zusätzlichen Belastung der Straßen in den bereits überlasteten Ballungsgebieten durch verstärkten Nahverkehr auf den Straßen.“

Die Vorschläge der CDU/CSU lauten: **„Bau von Straßen, um den Verkehrsfluß zu verbessern. Sechsspurriger Autobahnausbau, Ausdehnung des Sonntagfahrverbots auf Samstag mittag.“**

## Konjunkturpolitik

# Es geht wieder aufwärts

Das Rätselraten um die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Konjunktur in der Bundesrepublik dürfte endgültig zu Ende sein. Die Optimisten haben Recht behalten, es geht wieder aufwärts.

Die Überzeugung, die sich im Bundestag breit macht, bekam ihre letzte Festigung durch den jüngsten Monatsbericht der Deutschen Bundesbank. Unsere Notenbank konnte nicht nur auf die sichtbaren Erfolge des zweiten Konjunkturprogramms der Bundesregierung hinweisen.

Die Initialzündung, die die konjunkturpolitischen Anregungsmaßnahmen ausüben sollte, hat über Lagerauffüllung und Anregung der Investitionen zur Selbstbeschleunigung der Konjunktur beigetragen.

Es war daher für den Bundestag das notwendige Klima gegeben, in dem die konjunkturpolitische Debatte abgewickelt werden konnte. Zur Diskussion stand der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung und das Jahres-Gutachten des Volkswirtschaftlichen Sachverständigenrates. Aufgrund des Stabilitätsgesetzes, das im vergangenen Jahr

verabschiedet worden war, hat die Bundesregierung im Januar jeden Jahres einen solchen Jahres-Wirtschaftsbericht vorzulegen.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus die angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion) und die Maßnahmen der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik darzustellen.

Zusammengefaßt kann folgendes festgehalten werden: Die noch in den letzten Wochen vorgebrachten Wünsche, über weitere steuerrechtlich und steuerpolitische Maßnahmen eine neue, dritte Konjunkturspritze der Wirtschaft zu verabreichen, sind überholt. Bundesfinanzminister Strauß hat sich nicht nur durchgesetzt, sondern seine konjunkturelle Analyse bestätigte sich. Weitere Steuerensenkungen hätten zudem den Bundeshaushalt in arge Bedrängnis gebracht, was auf die Dauer weder der Wirtschaft noch dem Bundesbürger zum Vorteil gereicht hätte. Es kommt hinzu, daß die Jahresprojektion der Bundesregierung eine zügige Durchführung

der öffentlichen Investitionen vorsieht. Die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand und die sichtbar gewordenen Beschleunigungskräfte in der Wirtschaft selbst dürften also ausreichend sein. Das Ziel stetig sich entwickelnde Konjunktur, und das bedeutet nicht nur wirtschaftliches Wachstum, sondern auch Stabilität des Preis-Niveaus.

Aufgrund der Aussage ihres Jahres-Wirtschaftsberichtes erwartet die Bundesregierung für das laufende Jahr eine Zunahme des Brutto-Sozialproduktes um gut 6%, — real, also unter Berücksichtigung der Preisveränderungen 4%. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß diese Zuwachsraten in etwa erreicht werden, nachdem die Bundesbank auf die beschleunigte Nachfragesteigerung hinweisen konnte.

Es soll darüber hinaus nicht vergessen werden, daß aus weiteren Maßnahmen der Bundesregierung zusätzliche Konjunkturimpulse austreten werden. So sieht das vom Bundeskabinett bereits verabschiedete ERP-Investitionsstärkungsgesetz zusätzlich Finanzierungshilfen aus Mitteln des ERP-Sondervermögens für kommunale Investitionen vor. Der im Rahmen des Kohle-Sanierungsgesetzes beabsichtigte Strukturplan für die Ruhr und die Saar sowie die sonstigen strukturfördernden Maßnahmen werden zur Wirtschaftsbelebung ebenfalls beitragen.

## Finanzreform

# Gemeinschaftsaufgaben müssen angepackt werden

**Bundesfinanzminister Strauß hat in einem Rundfunkinterview zu den Problemen der Großen Finanzreform Stellung genommen und sich für eine bessere Zusammenarbeit von Bund, Länder und Gemeinden ausgesprochen sowie Vorschläge unterbreitet, wie man den steigenden Finanzbedarf der Gemeinden ohne zusätzliche Steuerbelastungen befriedigen kann.**

**Frage:** Die Verfassung soll nun so geändert werden, daß Bund und Länder Gemeinschaftsaufgaben künftig finanziell auch gemeinsam bewältigen können. Das heißt natürlich, daß der Bund dann auf Gebieten mitreden und mitplanen könnte, also Befugnisse bekäme, die ihm bisher versagt waren. Denn wer zahlt, schafft an, das ist ein zur Zeit in Bonn vielzitiertes Sprichwort. Diejenigen, die dabei an Befugnissen einbüßen, nämlich die Länder, haben deshalb den Katalog der neuen Gemeinschaftsaufgaben strikt abgelehnt.

Der Wunsch des Bundes, nicht nur mitzuzahlen, was er zum Teil jetzt schon tut, sondern auch mitzuplanen, ist ein Stein des Anstoßes bei den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern. Und Sie, Herr Bundesfinanzminister, haben dabei sicherlich einen schweren Stand gehabt. Nun hat sich in dieser Woche ein Kompromiß finden lassen zwischen Bund und Ländern, danach soll es nur noch drei Gemeinschaftsaufgaben geben. Ist diese Lösung nun eine tragfähige Basis für das, was man mit den Gemeinschaftsaufgaben erreichen wollte, nämlich eine verbesserte Versorgung des Bürgers?

**Antwort:** Es geht nicht ums Anschaffen oder um eine Ausdehnung der Bundeskompetenzen, sondern um ein besseres Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden in der Lösung von Aufgaben, die keine dieser drei Ebenen mehr allein bewältigen kann. Bei der Konferenz mit den Ministerpräsidenten hat sich eine Einigung ergeben, die praktisch das ist, was das Bundesfinanzministerium ursprünglich vorgeschlagen hatte. Wir hatten vorgeschlagen drei Gemeinschaftsaufgaben, und zwar dieselben drei: **Neubau und Ausbau von wissenschaftlichen Hochschulen, regionale Wirtschaftsförderung und Agrarstruktur mit Küstenschutz oder wasserwirtschaftliche Maßnahmen.** Die übrigen sechs Gemeinschaftsaufgaben, die als Diskussionsgegenstand in der Bund-Länder-Kommission angeboten worden waren, waren für mich keine essentiellen Forderungen.

**Frage:** Also dazu gehört zum Beispiel der Krankenhausbau, die Ausbildungsförderung ...

**Antwort:** Sportstätten usw. Wir haben bei den Gemeinschaftsaufgaben im Gespräch mit den Ministerpräsidenten das erreicht, was das ursprüngliche Programm des Bundesfinanzministeriums war. Bei

der Ausbildungsförderung haben die Ministerpräsidenten zwar keine Gemeinschaftsaufgabe zugestanden, aber sie haben zugestanden, daß die Ausbildungsförderung Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung wird, das heißt also vom Bundesgesetzgeber dann im Sinne einer einheitlichen Regelung gelöst werden kann.

**Frage:** Die Durchführung bliebe aber bei den Ländern?

**Antwort:** Die Durchführung bliebe bei den Ländern, soweit nicht der Bund eine eigene Verwaltung errichten würde, was er aber nicht tun sollte und was ich selbstverständlich nicht wünsche.

**Frage:** Und Sie glauben, daß also bei den anderen Aufgaben, Krankenhauserweiterung usw., ein weiteres Eingriffsrecht des Bundes nicht nötig wird?

**Antwort:** Die Frage ist zur Diskussion gestellt worden. Die Ausdehnung der Zuständigkeit des Bundes oder auch der Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes auf das Krankenhauswesen ist von fast allen Ministerpräsidenten abgelehnt worden.

## Zwei Milliarden für die Gemeinden

**Frage:** Sie sagten, zwei Milliarden mehr würden die Gemeinden einnehmen im Jahre 1972. Wie soll das finanziert werden, wenn weder Bund noch Länder etwas von ihren Einkünften abgeben?

**Antwort:** Sie haben den entscheidenden Punkt schon angeschnitten: eine Verlagerung von Steuereinnahmen des Bundes und der Länder ohne Ersatz auf die Gemeinden ist nicht möglich, weil Bund und Länder heute auch unter schweren finanziellen Problemen zu leiden haben. **Es gibt verschiedene Vorschläge dafür — unser Vorschlag geht dahin, den Gemeinden drei Pfennig am Einkommen der Mineralölsteuer zuzuweisen; das ist ein Betrag zur Zeit von 700 Millionen, der ansteigen wird im Laufe der nächsten fünf Jahre auf etwa eine Milliarde.**

Etwas Zweites ist die Konsequenz aus der Neufestsetzung der Einheitswerte, und zwar bei der Grundsteuer B. Die radikalen Pläne, die von gewisser Seite, auch wissenschaftlicher Seite, vorgeschlagen worden sind, die Grundsteuer zuerst um 50 und dann nochmal um 50

**Frage:** Nun zur Gemeindefinanzreform. Herr Minister, wieso wird durch diese Steuerumschichtung eine bessere Verteilung der Mittel unter die Gemeinden erreicht?

**Antwort:** Was die Öffentlichkeit vielfach nicht weiß, ist, daß die eigenen Einnahmen der Gemeinden nur 28 Prozent der gemeindlichen Finanzmasse überhaupt im Durchschnitt ausmachen. Die Gewerbesteuer, die die Haupteinnahmequelle der Gemeinden ist, streut ungerecht. Es gibt gewerbesteuerkräftige Gemeinden, es gibt gewerbesteuer-schwache Gemeinden. Der Gewerbesteuerausgleich hilft diesem Übel nicht ab. Belastet sind im allgemeinen die sogenannten reinen Wohn-gemeinden, die zwar alle gemeindlichen Lasten für ihre Bürger zu tragen haben, die Bürger arbeiten aber in einer anderen Gemeinde, in Unternehmen, wo sie den Gewerbeertrag schaffen, dessen steuerliches Ergebnis dann der anderen Gemeinde in der Hauptsache zugute kommt.

## Unterschiede ausgleichen

Dieser Unterschied soll jetzt einmal als ein Ziel der Finanzreform ausgeglichen werden, indem die Gewerbesteuer zu vierzig Prozent zunächst an den Staat abgegeben wird, später um vierzig Prozent gesenkt werden soll. Dafür erhält die Gemeinde einen Anteil am örtlichen Aufkommen der Einkommensteuer, und zwar eines Teiles der Einkommensteuer, bis zu 16 000 DM je Person. Was darüber ist, unterliegt nicht der Verteilung an die Gemeinden.

**Diese Umschichtung bedeutet, daß die großen Steuerkraft-Unterschiede zwischen den Gemeinden etwas mehr ausgeglichen werden. Die Gewerbesteuer schafft Schwerpunkte und benachteiligt die Umgebung;** die Einkommensteuer streut gerade in dem Bereich, den ich genannt habe, bis zu 16 000 DM, von dem der größte Teil der Bevölkerung erfaßt wird, streut gleichmäßiger — das ist ein Schritt. **Der zweite Schritt und das zweite Ziel ist dann die Verbesserung der gemeindlichen Finanzsituation überhaupt.**

Prozent zu erhöhen, werden auf schärfsten Widerstand der Betroffenen stoßen, finden auch nicht meine Billigung; aber eine maßvolle Erhöhung der Grundsteuer B in Verbindung mit einer Senkung der Gewerbesteuer ist erträglich — daraus könnte ein Betrag von etwa insgesamt 500 Millionen kommen. Die Grundsteuer erbringt ja insgesamt 2,5 Milliarden — das wäre also eine Erhöhung um rund 20 Prozent; sie ist wahrscheinlich auch ein Ergebnis der Neufestsetzung der Einheitswerte.

**Und das dritte ist, die Möglichkeit, die wir den Gemeinden geben wollen, daß sie den ihnen zustehenden Anteil an der Einkommensteuer nach oben und unten, genauso wie bisher die Hebesätze bei der Gewerbe- und Grundsteuer, durch Beschluß des Gemeinderats, Stadtrats heben und senken können, und zwar bei 10 Prozent. Damit hätten die Gemeinden noch eine Ausgleichsmöglichkeit, die auch ungefähr 400 Millionen Mark bringt. Wenn man nun diese drei Beträge zusammennimmt, dann kommt man auf ungefähr zwei Milliarden Mark.**

## PERSONALIEN

Das Befinden des Bevollmächtigten des Bundeskanzlers für Berlin, **Ernst Lemmer** MdB, hat sich gebessert. Lemmer wurde am Wochenende in ein Bonner Krankenhaus eingeliefert, weil die Gefahr eines Herzinfarkts bestand. Dieser Verdacht hat sich nicht bestätigt.

\*

Der baden-württembergische Landtagspräsident **Dr. Franz Gurk** erhielt anläßlich seines 70. Geburtstages am 9. Februar die baden-württembergische Verfassungsmedaille in Gold. Dr. Franz Gurk gehört seit 1952 dem Landtag in Stuttgart an. Er ist Landesvorsitzender der CDU-Nordbadens und hat an der politischen Entwicklung Baden-Württembergs entscheidend mitgearbeitet.

\*

Nach Erreichen der Altersgrenze schied Ende Januar **Dr. R. h. c. Köchling**, Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe aus seinem Amt aus. Zusammen mit Dr. Dresbach war er einer der Mitbegründer der CDU im rheinisch-bergischen Kreis. Der Landeshauptmann, so nannten ihn seine Mitarbeiter nach alter Tradition, kann auf ein erfülltes Leben zurückblicken.

\*

Der hessische CDU-Landesvorstand hat am Wochenende Joachim W. **Lehmann** zum neuen **Landesgeschäftsführer** bestellt. Er wird sein Amt am 1. April antreten und den bisherigen Landesgeschäftsführer Hans **Henderkes** ablösen. Nach zwanzigjähriger Tätigkeit bei der hessischen CDU wird Henderkes eine Position in der freien Wirtschaft übernehmen.

Der neue Landesgeschäftsführer stammt aus Westfalen, lebte lange Zeit in Berlin und ist 32 Jahre alt. Nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Politischen Wissenschaften war Lehmann in der internationalen Verwaltung eines Konzerns tätig. Den Schwerpunkt seiner Tätigkeit in der hessischen CDU sieht er vor allem in der Modernisierung und Straffung der Parteiorganisation.

\*

**Kai Uwe von Hassel** erhielt am 1. Februar in Bonn das Großkreuz mit Schulterband und Stern des Malteserordens. Der Bundesvertriebenminister erhielt diese hohe Auszeichnung für die Unterstützung, die er dem Malteser-Hilfsdienst bei der Flüchtlingsbetreuung in Vietnam gewährte.

\*

**Karl-Heinz Hoffmann**, seit zwei Jahren Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse in Königswinter soll Nachfolger des aus Altersgründen aus seinem Amt scheidenden stellvertretenden ÖTV-Vorsitzenden Albert Finke werden. Dies hat der ÖTV-Hauptvorstand einstimmig dem VI. ÖTV-Gewerkschaftstag vorgeschlagen, der vom 30. 6. bis 6. 7. in München stattfinden soll.

# AKTUELL

Am 5. Februar 1968 kam der Vorstand des Landesagrar Ausschusses der CDU Rheinland zusammen. Unter seinem Vorsitzendem, Eduard Lensing, beriet er vor allem das Aktionsprogramm der CDU, und hierbei den agrarpolitischen Teil. Man kam darin überein, daß in den Kreisagrar Ausschüssen Anregungen und Empfehlungen zum agrarpolitischen Teil des Aktionsprogrammes ausgearbeitet werden sollen, die man entweder auf einem Bauernkongreß der CDU im Herbst des Jahres oder auf dem Bundesparteitag der CDU in Berlin einbringen will.

Das Aktionsprogramm soll in den Kreisverbänden auch zusammen mit den Vertretern der Verbraucherverbände beraten werden, um auf diese Weise die Auswirkungen der Agrarpolitik auf die Verbraucherpreise abzuklären.

\*

Die Kommunalpolitische Vereinigung im CDU-Landesverband Südbaden veranstaltet am 20. Februar in Offenburg eine Landestagung über aktuelle Fragen der Raumordnung und der Kommunalpolitik. Das Hauptreferat wird Bundesinnenminister Paul Lücke halten.

## Konrad-Adenauer-Stiftung

# Wissenschaft unterstützt politische Arbeit

Pünktlich auf den Tag hat das Wissenschaftliche Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung am 15. Januar seine Arbeit auf dem Gelände der Politischen Akademie Eichholz aufnehmen können, nachdem sein Mitarbeiterstab bereits seit dem 1. Oktober vorbereitend am Werk war.

Die Planung für diesen neuen Zweig der Konrad-Adenauer-Stiftung reicht bis in den Anfang des Jahres 1967 zurück. Mitten im Grünen in der Nähe des Akademiebaues liegt die geräumige Baracke, die dem Institut jetzt ohne die Verzögerung, die ein fester Bau bedingt hätte, als Arbeitsstätte dient.

Der Arbeitsstab besteht außer dem Leiter des Instituts, Gerhard Elschner, aus zehn wissenschaftlichen Mitarbeitern, unter ihnen vier Frauen. Es sind Volkswirte, Politologen, Soziologen und Statistiker. Ihr Durchschnittsalter beträgt etwa dreißig Jahre.

Ende 1968 wird dem Institut ein Computer zur elektronischen Daten-

verarbeitung zur Verfügung stehen, und zwar ein Siemens 4004/35. Für die Institutsmitarbeiter haben die Ausbildungskurse für die Arbeit am Computer am 3. Januar bereits begonnen. Jeder Mitarbeiter muß an sechs bis sieben Kursen teilnehmen, die bis zum Jahresende dauern und in deren Mittelpunkt das Programmieren steht. Technische Montage und Abschluß der Arbeitsausbildung fallen also zeitlich zusammen.

Als Aufgabe ist dem Institut gestellt, mit den Mitteln der empirischen Sozialwissenschaften, der Politologie, der Soziologie, der Dokumentation und der wissenschaftlichen Statistik Grundlagenerkenntnisse zu beschaffen, die für die Bildungsarbeit der Politischen Akademie Eichholz, für die Steuerung der Studienförderung und die internationale Beratungstätigkeit des Instituts für internationale Solidarität erforderlich sind.

## Kollegialität sichert Kontinuität

Das Institut arbeitet als eine kollegiale Arbeitsgemeinschaft mit einer Anzahl von wissenschaftlichen Mitarbeitern unter seinem Institutsleiter ohne Hierarchie und Unterteilung. In der täglichen Institutsitzung werden die einzelnen Arbeitsprojekte beraten. Für jedes Projekt gibt es einen Projektleiter, der einen Assistenten erhält. Dabei ist es ja nach Lage und Thema

durchaus möglich, daß etwa der Assistent des ersten Projektes der Leiter des zweiten wird und der Projektleiter des ersten beim zweiten die Funktion eines Assistenten übernimmt. Durch diese Verzahnung wird die Kontinuität der Arbeit gesichert.

Schon jetzt sind 27 Projekte in Angriff genommen. Um eine Vorstellung über ihren Themenkreis zu

geben, seien zum Abschluß einige Beispiele angeführt: Projektgegenstände sind u. a. das politische und gesellschaftliche Verhalten der deutschen Jugend, insbesondere der akademischen Jugend; Quantifizierungsprobleme politischer Entscheidungen; Politik für Ingenieure; Futurologie, Prognostik und Planung; kommunalpolitische Studien; soziologische und politische Regional-Monographien. Das Arbeitsprogramm, das sich der Mitarbeiterstab des Instituts gestellt hat, ist, wie man sieht, beträchtlich und weitgespannt. Alle Zweige der Stiftung erwarten von der neuen Einrichtung eine Förderung ihrer eigenen Arbeit.

## CDU-Hochschulbeirat

Dem am 9. Februar konstituierten Beirat der CDU für Hochschul- und Forschungspolitik gehören unter dem Vorsitz von Bundesminister Dr. Stoltenberg folgende Persönlichkeiten an:

Prof. Dr. Manfred **Abelein**, MdB, Bonn; Dr. Eberhard **Amelung**, Marburg; Wolfgang **Beitz**, Rechtsanwalt, Bonn; Prof. Dr. Kurt H. **Biedenkopf**, Bochum-Querenburg; Prof. Dr. Hellmut **Bredereck**, Stuttgart; Prof. Dr. Hans **Buchheim**, Mainz; Prof. Dr. Helmut **Coing**, Frankfurt; Eberhard **Dieppen**, Refendar, Berlin; Prof. Dr. W. **Ernst**, Staatssekretär, Bonn; Prof. Dr. Karl Dietrich **Erdmann**, Kiel-Mönkeberg; Dr. Eberhard **Grabitz**, Hamburg;

Prof. Dr. Wilhelm **Hahn**, Kultusminister, Stuttgart; Prof. Dr. rer. pol. Manfred **Hättich**, Mainz; Dr. Fritz **Hellwig**, Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel; Prof. Dr. K. M. **Hettlage**, Staatssekretär, Bad Godesberg; Claus Joachim von **Heydebreck**, Kultusminister, Kiel; Dr. Hans Adolf **Jacobsen**, Bonn-Buschdorf; Richard **Langeheine**, Kultusminister, Hannover; Joachim **Lemppenau**, Referendar, Tübingen; Dr. Berthold **Martin**, MdB, Bonn; Dr. Paul-Chr. **Martin**, Dipl.-Volkswirt, Beuel; Prof. Dr. Paul **Mikat**, Kultusminister a. D., Düsseldorf;

Prof. Dr. Dieter **Oberndörfer**, Freiburg; Prof. Dietrich von **Oppen**, Wehrda über Marburg; Prof. Dr. Konrad **Reppen**, Bonn; Werner **Scherer**, Kultusminister, Saarbrücken; Wulf **Schönbohm**, stud. phil., Bonn; Prof. Dr. Maximilian **Steiner**, Bonn; Dr. Gerhard **Stoltenberg**, Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Bonn; Dr. Bernhard **Vogel**, Kultusminister, Mainz; Frau Dr. Hanna **Walz**, MdL, Fulda; Frau Dr. Helga **Wex**, MdB, Bonn; Prof. Dr. Rudolf **Wildenmann**, Mannheim Schloß.

## CDU-Agrarforum

Der CDU-Landesverband Nord-Württemberg veranstaltet am 17. Februar in Künzelsau ein großes Agrarforum unter dem Leitwort: „Der Mensch im ländlichen Raum“. An einem Podiumsgespräch, das sich u. a. mit der Strukturpolitik und der EWG-Anpassung beschäftigen wird, nehmen neben Parlamentariern, Leibfried, der Präsident des Bauernverbandes Stoß und der CDU-Landesvorsitzende Dr. Scheufelen teil.

## Fernsehen, Funk, Film

Ein aus Teil- und Halbwahrheiten zusammengesetztes und bewußt verzerrendes Mosaik, das nur als gezielter Versuch des Rufmords unter Kollegen gewertet werden könne, nannte der derzeitige Leiter der „Panorama“-Sendungen des Norddeutschen Rundfunks, Peter Merseburger (SPD), einen Bericht im „Stern“, in dem der frühere „Panorama“-Mitarbeiter Manfred Bissinger unter der Schlagzeile „Wer kommandiert unser Fernsehen?“ mit dem ARD-Fernsehen abrechnete. Bissinger, einst umstrittener Jungstar des ebenso umstrittenen alten „Panorama“, wollte den Nachweis erbringen, daß die beiden großen Parteien die eigentlichen Herren in den Funkhäusern seien. Er scheiterte kläglich, sein Bericht wimmelt nicht nur von Teil- und Halbwahrheiten, sondern auch von elementarsten Fehlern.

Beginnen wir, um nur einige der angegriffenen Rundfunkjournalisten zu nennen, mit Johannes Gross, Leiter der Abteilung Politik und Zeitgeschehen im Deutschlandfunk. Ihn bezeichnete Bissinger nicht nur fälschlicherweise als Chefredakteur des Senders, er legte ihm auch eine nie gefallene kritische Äußerung über den NDR-Fernsehprogramm-direktor Dietrich Schwarzkopf in den Mund. Er veröffentlichte diese Äußerung, obwohl ihn Gross vorher auf die Unrichtigkeit aufmerksam gemacht und obwohl Bissinger zugesagt hatte, das falsche Zitat nicht zu verwenden. Ähnliche Erfahrungen hatte die CDU übrigens vor zwei Jahren ebenfalls mit Bissinger gemacht, als er im Zusammenhang mit dem

damaligen Bundesparteitag über die Exil-CDU und den Landesverband Oder-Neiße berichtete.

Über Schwarzkopf hatte Bissinger behauptet, er habe sich (nach dem Weggang von Joachim Fest, d. Red.) selbst zum kommissarischen Chefredakteur des NDR-Fernsehens ernannt. Tatsächlich hat Schwarzkopf das Amt auf Vorschlag des Intendanten und unter Zustimmung des Verwaltungsrates nur vorläufig übernommen.

Peter von Zahn qualifizierte der Illustrierten-Autor als „Werbefilmer für die CDU“ ab. Wahr ist, daß von Zahn nie einen Werbefilm für die CDU produziert hat, daß die ihm zugeschriebene „Windrose“-Produktion seit längerer Zeit nicht mehr ihm allein, sondern auch dem Kölner Verlag Dumont gehört. Von Zahn ist im Gegensatz zu Bissingers Behauptung auch kein Mitglied der CDU.

Die Liste der Fehler könnte beliebig verlängert werden. Hier wurden zunächst nur einige der Unrichtigkeiten aufgezählt, die im Zusammenhang mit der CDU und ihr verbundenen Persönlichkeiten aufgestellt worden waren. Warum hat die Illustrierte die Leserbriefe bisher nicht veröffentlicht, in denen die zu Unrecht angegriffenen Rundfunkjournalisten um Richtigstellung ersucht hatten? Daß der Chefredakteur im Ausland sei und sein Brief erst nach der Rückkehr nach Hamburg vorgelegt werden könne, wie es einem Betroffenen mitgeteilt wurde, ist nicht mehr als eine schlechte Ausrede. hwd

## Parteien

# NPD zwischen Wahn und Wirklichkeit

**Um lästigen Fragestellern aus dem Wege zu gehen, wollte sich die NPD auf ihrem Parteitag in Hannover von einem Dilemma befreien: Das bis dahin gültige Parteimanifest wurde durch ein Parteiprogramm ersetzt. NPD-Redner hatten in den vergangenen Landtagswahlkämpfen immer wieder zu hören bekommen: Wo bleibt denn euer Programm?**

Das Programm liegt nun vor. Ob sich die Mühe gelohnt hat, bleibe dahingestellt. Das Parteiprogramm der NPD ist ebenso unverbindlich und widerspruchsvoll geblieben wie das frühere Manifest — unverbindlich und widerspruchsvoll selbst dann, wenn man unterstellt, daß alle Parteiprogramme nur bedingt in der Lage sind, über Ziele und Methoden erschöpfend Auskunft zu geben.

Wie andere radikale Parteien auch, versucht die NPD, die Gegenwart schwarz in schwarz zu malen, um die Mitbürger für eine rosige (NPD)-Zukunft reifmachen zu können. Man sammelt alle Wünsche aller Bevölkerungsschichten und verspricht, sie zu erfüllen. Jeder Mißstand wird ausgewalzt, irrationale Ressentiments werden geschürt. Wem der Schuh drückt, dem sagt die NPD, daß sie den Druck beseitigen kann. Man spricht von Freiheit, Recht, Selbstbestimmung, Lebensraum, Gerechtigkeit, Führung, Volkscharakter, Geschichtsbewußtsein, deutschem Kulturgut, von der Nation und von Europa.

Das Programm ist eine Reflektion des Unmuts, der willkürlichen Kümernisse all derer, von denen vermutet wird, daß sie mit den gegenwärtigen Umständen unzufrieden sind, oder von denen man annimmt, daß sie durch Umstrukturierungen und Umstellungen in eine besondere Notlage geraten sind und Sorgen, gar Existenzsorgen haben.

Dies gilt — zum Beispiel — für den Bergarbeiter und für den deutschen Landwirt, es gilt für den Handwerker wie für andere Teile des Mittelstandes.

Im Vorwort ist in Gleichmacherei vom amerikanischen und sowjetischen Imperialismus die Rede. Gleichzeitig verspricht die NPD, weltoffen zu sein. Sie behauptet, daß die ältere Generation auf der Anklagebank sitzt, daß die Kollektivschuld die deutsche Politik gelähmt habe. Dieser nicht bewiesene Behauptung wird hinzugefügt, daß die NPD den Massenmord und die Kriegsverbrechen verabscheut. An anderer Stelle wird dann eine Generalamnestie gefordert.

Indem die Partei versucht, dunkle Flecken in der Vergangenheit künstlich aufzuhellen, rückt sie selbst eine Generation ins Zwielicht, die gar nicht ins Zwielicht gehört. Wer die Mörder kollektiv freisprechen will, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er nicht bereit ist, zwischen Idealisten, Verführten und Verbrechern zu unterscheiden. Nicht die von Thadden geschmähten „Lizenzparteien“ kollektivieren hier, die NPD tut es unbewußt selber.

Die NPD spricht von einem europäischen Sicherheitssystem. Sie fordert aber nachdrücklich den Abzug fremder nichteuropäischer Mächte vom europäischen Kontinent. Es hat sich nichts geändert. Denn der Ruf:

„raus mit den Amerikanern!“ ist geblieben.

Es fehlt nicht an Bekenntnissen zur Demokratie. Die NPD hat sich auch Gedanken über die Neuordnung des Bundesgebietes gemacht und fordert lebenskräftige Länder. Daß die Neugliederung bisher vor allem deshalb unterblieben ist, um nicht die Neugliederung eines vereinigten Deutschlands zu präjudizieren, wird dabei verschwiegen.

**Kennzeichnend für die Widersprüchlichkeit des Programms ist Punkt 12 im Abschnitt „Familie und Volksgesundheit“, wo es heißt: „Zur Hebung der Volksgesundheit muß die Eigenverantwortung geweckt werden. Die Organe der öffentlichen Gesundheitspflege sind hierzu mit ausreichenden Mitteln zu versehen.“**

Weite Passagen sind der deutschen Landwirtschaft gewidmet. Auch hier fehlt es nicht an unverbindlichen Forderungen, an verhüllten Autarkierezepten, die sich mit kräftigen EWG-Bekenntnissen ver-

binden. Da die NPD sich an anderer Stelle leidenschaftlich für eine Verflechtung der Volkswirtschaften und eine Förderung des Exports ausspricht, ist sie nicht in der Lage, der Landwirtschaft zu sagen, wie man mit dem Hauptproblem, nämlich der landwirtschaftlichen Überproduktion in den Industrieländern fertig werden soll. **Allen Landwirten, den kleinen, den mittleren und den großen Betrieben, wird die Hilfe der NPD zugesagt; die Methoden werden verschwiegen.**

Der Abschnitt über die Landesverteidigung wird mit Bekenntnissen eingeleitet. Die Wehrpolitik, so heißt es, die nationale Wehrpolitik, müsse auf die Ablösung fremder Truppen ausgerichtet sein. **Daß die NPD trotzdem von dem militärischen Gleichgewicht und von der Notwendigkeit der Abschreckung spricht, scheint die Verfasser nicht zu stören.**

Berlin wird nur einmal erwähnt: Es soll die Hauptstadt Deutschlands bleiben. Daß diese Hauptstadt nur von den Amerikanern glaubwürdig verteidigt werden kann, müßten Thadden und seine Gefolgsleute wissen. Wer die Amerikaner aus Berlin hinauswirft, opfert zweieinhalb Millionen West-Berliner dem Kommunismus. Ist dies, so muß man fragen, eine nationale Tat?

**bleibt zu bemerken, daß eine nationale Politik sich durch konkrete und realisierbare Vorschläge auszeichnen sollte. Eine Partei, die zwischen Wahn und Wirklichkeit hin- und herpendelt und sich darauf festgelegt hat, Unzufriedenheit zu schüren, kann die Bezeichnung „national“ nicht verdienen.**

Olaf von Wrangel, MdB

## Kommunisten wittern Morgenluft

Die Kommunistische Partei Deutschlands wittert Morgenluft. Die am 17. August 1956 als verfassungsfeindlich erklärte Partei, ein Ableger der in der Zone herrschenden SED, ist des 12jährigen Dahinvegetierens in der Bundesrepublik müde. Vielleicht haben die erfolgreich lautstark agitierenden linksradikalen Gruppen der antidemokratischen KP neuen Mut gemacht.

Aber auch in gewissen Teilen der deutschen Öffentlichkeit hat sich in letzter Zeit ein Sinneswandel vollzogen. Man sollte ehrlich prüfen, so hört man hier und da, ob die Kommunisten heute im Gegensatz zu früher auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

Ein neuer Programmtext der KPD, der kürzlich in Frankfurt verteilt wurde, soll für einen angeblich demokratischen Läuterungsprozeß Beweis ablegen. Tatsächlich haben die Kommunisten in ihrem neuen Entwurf ausdrücklich erklärt, ihre Politik „auf dem Boden des Grundgesetzes“ zu gestalten. Aber das ist auch das einzig demokratische daran. An den Zielen hat sich nichts geändert.

1956 hat das Bundesverfassungsgericht zu den Gründen, die zu einem Verbot der KPD führten u. a. erklärt: „Die Diktatur des Proletariats ist mit der freiheitlichen demokratischen Ordnung des Grundgesetzes unvereinbar. Beide Staatsordnungen schließen einander aus. Es wäre nicht denkbar, den Wesenskern des Grundgesetzes aufrechtzuerhalten, wenn eine Staatsordnung

errichtet würde, die die kennzeichnenden Merkmale der Diktatur des Proletariats trüge. Die Vertreter der KPD haben das in der mündlichen Verhandlung selbst betont.“

In dem neuen Programmtext ist von der Diktatur des Proletariats keine Rede mehr. Dieses Ziel wird mit folgenden Worten umschrieben:

**„Die Entwicklung in der Bundesrepublik ist reif für den Sozialismus. Der Sozialismus ist die demokratischste aller bisherigen Gesellschaftsordnungen, die Herrschaft des Volkes im Interesse des Volkes.“**

Deutlicher hat dies der Vorsitzende der KPD Reimann noch im Oktober vergangenen Jahres ausgesprochen: „Niemals wird die KPD ihr Endziel, nämlich die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auch in der Bundesrepublik aufgeben.“ In einem Interview mit der Wochenzeitung „Echo der Zeit“ sagte Reimann auf den Einwand, daß sich die KPD wie jede andere Partei auf dem Boden der Verfassung stellen müßte, **eine Partei, die sich an diese Auflage binden ließe, „wäre, gleich welchen Namen sie trüge, niemals eine kommunistische Partei“.**

Es kann sein, daß Moskau Reimann zurückgepfiffen hat, daß Moskau als Befehlsorgan der KPD eine neue Taktik einschlagen möchte und der KPD ein legales Mäntelchen umhängen möchte. Aber deswegen wird sich an dem antidemokratischen Wesen und den Absichten der KPD ganz gewiß nichts ändern.

## POLITISCHES LEXIKON

**Globalsteuerung:** Im Unterschied zur traditionellen Konjunkturpolitik bedeutet die Globalsteuerung für die Wirtschaftspolitik der Regierung, daß die Öffentlichkeit über die quantitativen Ziele der Wirtschaftspolitik unterrichtet wird, etwa über die angestrebten Veränderungsrate des Volkseinkommens, des Konsums oder des Preisniveaus. Sinn der Globalsteuerung ist es, Fehlentscheidungen sowohl im staatlichen als auch im privaten Wirtschaftsbereich zu vermeiden, das System der Marktwirtschaft zu stärken und der Öffentlichkeit bewußt zu machen, daß eine aktive Stabilisierungspolitik getrieben wird.

**Beirat für Raumordnung:** Zur Erarbeitung eines räumlichen Zielbildes für die Bundesrepublik im Jahre 2000 hat der Bundesminister des Innern eine Arbeitsgruppe des Beirats für Raumordnung berufen. Sie hat den Auftrag, sich mit den zukünftigen Entwicklungen der deutschen Lebensformen und deren räumlichen Auswirkungen zu befassen und darzustellen, welche Alternativen für die Sicherung und Entwicklung einer gesunden räumlichen Struktur in der Bundesrepublik möglich sind.

In der Arbeitsgruppe wirken namhafte Wissenschaftler und Sachverständige mit. Zum Vorsitzenden wurde Professor Dr. Gottfried Müller, Technische Hochschule München, gewählt.

**Pugwash-Bewegung:** Ihr Ausgangspunkt sind seit 1955 auf Initiative und mit finanzieller Unterstützung des kanadischen Millionärs Cyrus Eaton in dem kleinen Fischerdorf Pugwash (Kanadisch-Neuschottland) veranstaltete Zusammenkünfte vornehmlich führender internationaler Naturwissenschaftler zu dem Zweck, „sich zu entspannen, Meinungen auszutauschen, das eigene Denken an dem anderer zu schärfen und Formeln zu ersinnen, die uns allen helfen können, in dieser supermodernen Welt besser zu leben“. 1957 fand in Pugwash die erste offizielle Konferenz dieser Gruppe statt, der inzwischen siebzehn weitere gefolgt sind. Ihr Hauptthema ist der Weltfrieden und das Verbot nuklearer Waffen.

Die bisher letzte Konferenz fand im September 1967 in Stockholm statt. Hier wurden zum ersten Mal die Ergebnisse des Treffens der Öffentlichkeit bekanntgemacht. Die Delegierten hatten sich unter anderem auch für die Anerkennung der Sowjetzone und die Aufnahme „beider deutscher Staaten“ in die UNO ausgesprochen.

# BRIEFE

Durch die Zeitungen ging dieser Tage die Meldung, man plane die Zeit des Wehrdienstes der beruflichen Ausbildung anzurechnen, um damit eine gewisse Startgleichheit zwischen den jungen Menschen zu schaffen, die ihren Wehrdienst ableisten müssen und jenen, die weiter im Beruf aufsteigen können. Welche Fortbildungsmöglichkeiten gibt es in der Bundeswehr? Fritz P., Oelde

**Antwort:** Die Zeit bei der Bundeswehr kann sehr wohl für den jungen Menschen die berufliche Ausbildung vervollkommen. Sicher haben Sie schon davon gehört oder gelesen, daß die Bundeswehr Jahr für Jahr hohe Beträge für die Berufsförderung ausgibt. Seit 1960 sind immerhin fast 61 Millionen DM für diesen Zweck ausgegeben worden, um dem ausscheidenden Soldaten einen guten Start in ihr ziviles Berufsleben zu geben. Die Bilanz für 1967 sieht so aus, daß 1396 Facharbeiter und Gesellen sowie 240 Handwerksmeister aus der Bundeswehr hervorgehen konnten.

Lehrberufe waren vor allem Elektromechanik, Elektronik, Radio- und Fernsehtechnik, Starkstromelektrik, Flugzeugmechanik, Kraftfahrzeugmechanik sowie Taucher, Koch und Bürokaufmann. Mit den aufgewendeten Mitteln wurden weiter 240 Meisterprüfungen ermöglicht, 419 Schweißerpässe, 413 Refa-Grundscheine, 290 allgemeine Funksprechzeugnisse und 3464 sonstige Fachprüfungen.

Die Rückschau des Berufsförderungsdienstes auf das Jahr 1967 erstreckt sich aber auch auf weitere Gebiete. So wurden z. B. in 1737 Fällen Maßnahmen zur beruflichen Wiederherstellung gesundheitsgeschädigter Soldaten finanziert. Nach Beendigung ihrer Wehrdienstzeit erhielten 9826 Zeitsoldaten eine Fachausbildung auf Kosten der Bundeswehr.

Auch interessant sind die Zahlen einer Untersuchung darüber, welche Erwartungen diese Zeitsoldaten in ihre Berufsausbildung setzen. Eine Umfrage unter insgesamt 52 240 Freiwilligen ergab, daß 46,5% eine Weiterbildung im bereits erlernten Beruf wünschten, 35,2% einen Berufswechsel, 15,3% eine Übernahme als Berufssoldat und 3% einen Zulassungsschein für den öffentlichen Dienst.

## Aus den Vereinigungen

# Vorschläge zur Mitbestimmung

Unter Leitung des CDU-Bundestagsabgeordneten Franz Varelmann stand am vergangenen Wochenende eine **Arbeitstagung der Sozialausschüsse West-Niedersachsens**.

Neben Staatsminister a. D. Konrad Grundmann und dem Bundesgeschäftsführer der Sozialausschüsse, Karl-Heinz Hoffmann, war Bundesschatzminister Schmücker als Referent gewonnen worden.

Schmücker wandte sich gegen den in letzter Zeit feststellbaren Meinungsterror in der Bundesrepublik. Der Wandel in Weltpolitik, Wirtschaft und Technik habe auch zu einer Änderung in der geistigen Auseinandersetzung geführt. Die **Diskussion** sei als **Mittel des Austauschs** in den Vordergrund gerückt worden. Die Debatte müsse jedoch in einer Form geführt werden, „daß man seine Meinung auch sagen kann“. Auch die Frage der Mitbestimmung streifte der Minister in seiner Rede. Man solle, so war seine Ansicht, das Thema breiter nehmen und aus der engen Mitbestimmungsdebatte herauslösen. **Mitbestimmung über das Miteigentum** sei ein besseres Mittel.

Der frühere Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen, Grundmann, vermittelte seinen Zuhörern aus seiner reichen Erfahrung als Betriebsratsvorsitzender und Arbeitsminister manche wichtige Hinweise.

Bundesgeschäftsführer Hoffmann sprach u. a. über die Notwendigkeiten, die in naher Zukunft stattfindenden Betriebsratswahlen zu einem Erfolg werden zu lassen. Hoffmann setzte sich für die absolute Mitbestimmung bei Entlassungen ein. Es gelte, das nunmehr 15 Jahre alte Betriebsverfassungsgesetz auf den neuesten Stand zu bringen und die modernen Erkenntnisse aus der Arbeitswelt hineinzuarbeiten. Hoffmann befürwortete den von der IG-Metall vorgelegten Entwurf für ein Rationalisierungsschutzabkommen. Hoffmann vertrat die Meinung, daß eine Ausweitung der Mitbestimmung nicht mehr aufzuhalten sei. Die endgültige Lösung sollte in einem offenen Gespräch mit den Arbeitgebern gefunden werden.

Man denke nicht daran, die Mitbestimmung etwa auf das Handwerk, den Bauernhof oder die Geflügelzuchtfarm auszuweiten. Es sei eine klare untere Grenze gezogen: 4000 Beschäftigte, 150 Millionen DM Umsatz oder eine Bilanzsumme von 300 Millionen DM.

**Dieser Vorschlag werde von den Sozialausschüssen der CDU zugelassen, damit er in das Aktionsprogramm der Union eingebaut werden könne.**

## Argumente und Reformen

Eine permanente Bereitschaft und Fähigkeit der verantwortlichen politischen Kräfte in der Bundesrepublik, sich mit den linksradikalen Studenten vom SDS hart, aber sachlich auseinanderzusetzen, forderte der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) in Bonn. Wie der RCDS-Vorsitzende Schönbohm erklärte, weiche der SDS der direkten Konfrontation aus, wie eigene Erfahrungen gezeigt hätten. Eine reine Antihaltung gegen Linksextreme der

Hochschule genüge deshalb nicht, nur Argumente zählten.

Ein Rückblick auf die jüngsten Wahlen zu den Studentenparlamenten einiger Universitäten zeigt eine generelle Mobilisierung der Studentenschaft, einen Formierungs-Politizierungsprozeß, der, sofern er in positive gesellschaftspolitische Bahnen zu lenken ist, durchaus förderlich sein kann. Nach Ansicht des RCDS ließe die um zehn bis fünfzehn Prozent höhere Wahlbeteili-

gung der Studentenwähler und der Zusammenschluß der gemäßigten Kräfte zu Blöcken immerhin erkennen, daß die Gegner der Linksradikalen geweckt seien.

Der RCDS drängt Politiker wie Professoren im gleichen Maße, die deutschen Hochschulen endlich zu reformieren. Er hat dazu eine Reihe von Gedanken, wie beispielsweise den Aufbau hochschuldidaktischer Zentren formuliert, die es verdienen, daß man sich mit ihnen beschäftigt. **Das schwierige Problem einer Anpassung der Lehre und ihrer Methoden an die Erfordernisse unserer modernen Welt lassen sich nur im Zusammenspiel von Universität, Studenten und Staat lösen.** Hieran läßt der RCDS keinen Zweifel.

## Kontaktgespräch

Die weiblichen Abgeordneten der CDU/CSU hatten am 13. Februar die Referentinnen der Bundesbehörden mit Journalistinnen von Presse, Funk und Fernsehen zu einem Kontaktgespräch eingeladen. Die Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Aenne Brauksiepe konnte etwa 120 Damen begrüßen. Die Zusammenkunft ergab eine Fülle von Anregungen, Austausch und neuen Aspekten für die politische Arbeit der Abgeordneten und die Tätigkeit der stetig wachsenden Zahl der führenden Mitarbeiterinnen in den Ministerien.

## Junge Union diskutiert Aktionsprogramm

Die Junge Union Berlin fordert die CDU Berlin auf, den Entwurf des Aktionsprogramms der Christlich Demokratischen Union in den Mittelpunkt der Beratungen auf dem kommenden Landesparteitag zu stellen. Der Landesausschuß der Jungen Union hat zur Erarbeitung einer kritischen Stellungnahme zum Entwurf einen Ausschuß unter Leitung von Gerhard Kunz eingesetzt.

Die Junge Union wird auf ihrer Landeskonferenz am 2. März 1968 eine Entschliebung zum Aktionsprogramm fassen und diese der Partei zuleiten. Bereits jetzt begrüßt die Junge Union die im Entwurf niedergelegte Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre.

## Anerkennung hilft Radikalen

Vor dem CDU-Flüchtlings- und Vertriebenenausschuß des rheinischen Landesverbandes warnte der Bundestagsabgeordnete Dr. Jahn vor den möglichen Auswirkungen eines Memorandums des sogenannten Bensberger Kreises. Nach bisher vorliegenden Informationen soll sich das Memorandum, ähnlich wie die Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche, für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aussprechen. Es sei an der Zeit, so erklärte Dr. Jahn, gegen solche Meinungsäußerungen Stellung zu nehmen. „Wenn das hineinplatzt in die Wahlentscheidung des nächsten Jahres, dann wird es auch im katholischen Raum Abbrüche in den nationalistischen Bereich hineingeben“. Wenn die CDU ihre Position zur Nichtanerkennung aufgeben, dann werde eine Welle zugunsten der NPD ausgelöst.

## Hinweise und Termine

### Jakob Kaiser

Mit den jetzt im Kohlhammer-Verlag erschienenen beiden Bänden über Jakob Kaiser (I. Arbeiterführer, von Erich Kosthorst; II. Der Widerstandskämpfer, von Elfriede Neugebauer) wird neben einer umfassenden Biografie der Persönlichkeit Kaisers ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, speziell der christlich-nationalen Gewerkschaften geleistet. Die Untersuchung ihres Verhältnisses zu Politik und Staat im ausgehenden wilhelmschen Reich, im Zusammenbruch der Monarchie und in den verschiedenen Phasen der Weimarer Republik ist mit zum zentralen Thema dieses Werkes geworden.

### Woche vom 20. 2. bis 9. 3. 1968

20. 2.	<b>CDU - Bund</b>	Bundesausschuß	Bonn
28. 2.—3. 3.	<b>RCDS - Bund</b>	Bundesdelegiertenversammlung	Königswinter
Vorausschau März 1968			
1. 3.	<b>KPV - Bund</b>	Vorstand	Bonn
2. 3.	JU Berlin	Landestagung	Berlin
2. 3.	LV Baden-Württemberg	Gemeinsamer Landesparteitag	Freiburg
4. 3.	<b>CDU/CSU - Bund</b>	Kulturpolitischer Ausschuß	Bonn
7.—9. 3.	Ev. Arbeitskreis Bund	Bundestagung	Stuttgart Liederhalle
9. 3.	LV Hessen Frauenvereinigung	Landesdelegiertentag	Friedberg
9. 3.	LV Württemberg-Hohenzollern	Landestagung der Sozialausschüsse	Weingarten

Aus den Landesverbänden

# Beitrag zur Universitätsreform

**Am 14. Februar legte die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ihren Entwurf des Universitätsgesetzes vor. Mit ihrem Entwurf stellt die CDU alle Tabus der traditionellen Universität zur Diskussion. Sie erteilt dem Lehrstuhlprinzip und der herkömmlichen Universitätsstruktur eine Absage, hebt die räumliche Einheit von Forschung und Lehre auf und reformiert das Habilitations- und Berufungsverfahren. Alle Mitglieder der Universität werden verstärkt an der Selbstverwaltung von Forschung, Lehre und Studium beteiligt.**

Die CDU will die Universität jedoch nicht auf der Basis von Interessengruppen demokratisieren. Die Auseinandersetzung zwischen Wissenschaftsbereichen und deren gleichberechtigter Beteiligung in den Organen der Universität ist ihr oberstes Organisationsprinzip. Die Gliederung der Universität folgt dem Sachzwang der Lehre. Sie wird nach Wissenschaftsbereichen vorgenommen.

Erstmals erhält die Studentenschaft die Rechtsform einer rechtsfähigen Körperschaft, der die sozial- und jugendpolitischen Aufgaben zur eigenen verantwortlichen Gestaltung übertragen werden.

In ihrem Entwurf bemüht sich die CDU um eine Fülle von Anregungen zur Hochschul- und Studienreform. So enthält er detaillierte Bestimmungen über Studienpläne und Prüfungsordnungen, die Promotionsordnung und das Kontaktstudium.

Ein besonderes Anliegen ist ihm die Stärkung der Gruppenarbeit in der Universität und eine intensive Studentenberatung.

Der Entwurf löst u. a. das herkömmliche studentische Disziplinarwesen durch eine gesetzlich näher fixierte Hausordnung ab. Bei schweren Verstößen gegen die Ordnung in der Universität kann der Universitätspräsident Studenten von Amts wegen exmatrikulieren.

Die CDU entscheidet sich in ihrem Entwurf für einen länger amtierenden Universitätspräsidenten und damit für die Kontinuität und eine einheitliche Verwaltung an der Spitze der Universität.

Maßgebend für den Aufbau der Universität ist die Vielfalt der Wissenschaft. Entgegen der Auffassung von der institutionellen Einheit von Forschung und Lehre gliedert der Entwurf die Universität nach dem Organisationsprinzip Lehre.

## Sorge um die Bauern

**Der Landesvorstand der CDU-Schleswig-Holstein ist besorgt über den weiteren Weg der europäischen Landwirtschaft.** Das zeigte sich bei einer Sitzung des Landesvorstandes unter Vorsitz von Ministerpräsident Dr. Lemke. Die CDU habe Verständnis dafür, daß der Landwirt in seiner Not keinen anderen Weg wisse, als sichtbar zu machen, um was es heute gehe: Um das Überleben der Landwirtschaft.

Die CDU sei überzeugt, daß die schleswig-holsteinischen Bauern wissen, daß sie sich in dieser Zeit nicht radikalen Kräften ausliefern dürften, weil das die völlige politische Isolierung der Bauern bedeuten und damit zu noch größeren Schwierigkeiten führen würde.

Die CDU hoffe jedoch, wie es in einer Erklärung heißt, daß allen außerhalb der ländlichen Bevölkerung klar werden wird, daß die Landwirtschaft nur noch erhalten werden und damit auf die Dauer die Ernährung unseres Volkes garantieren kann, wenn die übrige Bevölkerung diesen Ernst erkennt.

Der Landesvorstand der CDU beauftragte den Vorsitzenden, Ministerpräsident Dr. Lemke und den Landwirtschaftsminister Engelbrecht-Greve auf die Bundesregierung einzuwirken, daß im Zusammenhang mit der bevorstehenden

Behandlung des Grünen Berichtes im Bundestag bei der gewandelten europäischen wirtschaftspolitischen Situation neue Richtlinien gegeben werden, die der Landwirtschaft praktische Hinweise zur Lösung ihrer Notlage aufzeigen, wobei insbesondere die Frage der Agrareinfuhren aus den Ostblockstaaten neu zu überdenken ist.

## Hilfe für Textilindustrie

Das münsterländische Textilgebiet dürfe nicht veröden, sagte der westfälische CDU-Vorsitzende Josef Hermann Dufhues am 10. Februar auf einer Tagung der CDU-Sozialausschüsse des Münsterlandes in der Textilstadt Rheine. Die CDU werde der Lage der Textilindustrie auch weiterhin entscheidende Aufmerksamkeit widmen. Die jungen Menschen in diesem Bereich müßten wieder Vertrauen zur Wirtschaftslage fassen können. In einer Entscheidung der Sozialausschüsse wurde für die Textilindustrie im Münsterland die gleiche Unterstützung gefordert wie für den Bergbau. Das westliche Münsterland müsse zum Bundesausbaugebiet erklärt werden.

Die Berliner CDU forderte in einem Dringlichkeitsantrag den Innensenator auf, umgehend ein **Feststellungsverfahren gegen den SDS** mit dem Ziel des Verbots einzuleiten, weil sich die Tätigkeit dieses Studentenverbandes gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet. Außerdem wird vorgeschlagen, keine Demonstrationen mehr zu genehmigen, bei denen Krawalle vorzuzusehen seien.

\*

Der schleswig-holsteinische Kultusminister von Heydebreck hält die Bildung von **politisch orientierten Schülergruppen** an den Schulen für zulässig. Der Minister bejaht eine solche Regelung im Interesse der staatsbürgerlichen Bildung und der Bindung der Schüler an die demokratische Grundordnung.

\*

Der Hamburger CDU-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Erik Blumenfeld appellierte zum 20jährigen Bestehen der Freien Akademie der Künste in Hamburg an das private Mäzenatentum der Hansestadt, ein **Kulturzentrum** zu stiften. Diese Institution solle Künstlern aus allen Teilen der Bundesrepublik die Möglichkeit bieten, zeitweilig ohne materielle Sorgen zu arbeiten und das politische Leben der Stadt kennenzulernen.

\*

**Stärkere Kontakte zu dänischen Jugendorganisationen** will die Flensburger Junge Union suchen.

\*

Die **Ausbildungspolitik in der EWG soll baldmöglichst harmonisiert werden.** Praktische Hinweise soll ein Leistungsvergleich der deutschen und französischen Handwerksjugend anlässlich der Internationalen Handwerksmesse am 22. 3. in München liefern. 42 Jugendliche aus sieben Handwerksberufen werden während der Messe Arbeiten durchführen, die etwa dem praktischen Teil der Gesellenprüfung entsprechen. Eines der Ziele dieser gemeinsamen Aktion ist es, Unterlagen für die Angleichung des

## IN KÜRZE

Ausbildungsniveaus im Rahmen der Ausbildungspolitik der EWG zu erstellen. CDU-Generalsekretär und Bundesfamilienminister Heck wird in München zu den Teilnehmern des 1. Leistungsvergleichs sprechen.

\*

Die CDU Schleswig-Holstein wendet sich gegen alle Versuche des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes und anderer linksradikaler Gruppen, die freiheitlich demokratische Ordnung zu beseitigen und durch ein Rätssystem zu ersetzen. Sie erwartet den Einsatz aller rechtsstaatlichen Mittel, die die Ordnung im Staat und in den Gemeinden zu sichern vermögen.

\*

Nachdrücklich hat sich die CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses dagegen gewandt, daß WDR und NDR die tägliche Sendung **Blickpunkt Berlin** absetzen. Diese Sendungen hätten eine **wichtige gesamtdeutsche Funktion** zu erfüllen. Sie würden mit dazu beitragen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen beiden Teilen Deutschlands zu fördern. In ihrer Stellungnahme ersucht die Fraktion die beiden Sender, ihre Entscheidung zurückzunehmen.

\*

Der stellvertretende Landesvorsitzende der hessischen CDU, Dr. Wallmann (Marburg), kündigte in Hanau konstruktive **Alternativvorschläge zum hessischen Regierungskurs** an. Nach Ansicht Dr. Wallmanns sei die SPD in der **Schulpolitik** bisher eine klare Definition der „Gesamtschule“ schuldig geblieben: „Ist das Schulzentrum oder die integrierte Gesamtschule gemeint? Die CDU wolle eine kooperative Gesamtschule, die den bisherigen dreiteiligen Schulaufbau beibehält, aber die verschiedenen Schultypen durch räumliche Nähe und einheitliche Leitung „unter einen Hut“ bringe.“

## Zonenrandgebiet fördern

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe niedersächsischer CDU-Bundestagsabgeordneter in Zonenrandgebieten, Dr. Steinmetz, hat vom Bundeswirtschaftsministerium gefordert, bei der beabsichtigten Aufstellung von Richtlinien zur Förderung des Zonenrandgebietes die Vorschläge des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen zu verwirklichen.

Aufgrund von Besuchen der Arbeitsgruppe im Zonengrenzland und Besprechungen mit Handels- und Handwerkskammern sind nach Ansicht von Dr. Steinmetz u. a. folgende Punkte in die Förderungsrichtlinien aufzunehmen:

Berücksichtigung des Zonengrenzlandes bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, um die Anbietenden des Zonengrenzlandes, die bisher mit Aufträgen wenig bedacht wurden, in Zukunft zu berücksichtigen.

Vermeidung der Bevölkerungswanderung aus dem Zonenrandgebiet. Das würde auch dazu beitragen, die Abwanderung von jungen Arbeitskräften aus dem Zonenrandgebiet zu vermeiden. Dieser Entwicklung müsse Einhalt geboten werden sowohl durch die Schaffung guter und sicherer Arbeitsplätze als auch durch attraktive Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung.

## SPD will nicht

Der westfälische CDU-Vorsitzende Dufhues hat bei einer Arbeitstagung der ostwestfälischen CDU in Minden an der Haltung der SPD in der Frage der Wahlrechtsänderung Kritik geübt. Dufhues erklärte, es habe den Anschein, daß die SPD diese Entscheidung verzögern wolle. Dadurch könnten Zweifel aufkommen, ob die SPD in der Frage des Mehrheitswahlrechts zu den Abmachungen stehe, die bei der Bildung der Großen Koalition getroffen worden seien.

## Informationen

# Mißvergnügtes Wochenende

Nun reden sie wieder. Die Vorbereitung ihres Bundesparteitages veranlaßt die SPD Prominenz, übers Wochenende auf Landes-, Bezirks- und Unterbezirks-Parteitag Meinung zu bilden. Das ist ihr gutes Recht, denn niemand will auf einem Parteitag einen Reifall erleben. Es fragt sich nur, auf wessen Kosten bei der SPD Meinung gebildet wird. Seit dem Wochenende weiß man es: Auf Kosten des Koalitionspartners.

Da ist zunächst der Bundestagsabgeordnete Jahn, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesaußenministeriums. In dem Städtchen Offleben im Braunschweigischen erklärte er frank und frei, der Führungsanspruch der CDU/CSU sei als gescheitert anzusehen. Die CDU/CSU habe das nur noch nicht begriffen, und sie sei offenbar auch gar nicht fähig dazu.

Zu den diplomatischen Künsten die ein Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt braucht, scheint das Kopfrechnen nicht zu gehören. Denn alle Welt weiß, daß diese Koalition von dem CDU-Kanzler Kiesinger geführt wird, der sich auf 47,6 Prozent der Wähler von 1965 stützt, und dessen Führungskraft der CDU bei allen Landtagswahlen nach 1966 Erfolge brachte.

Dann sprach am gleichen Wochenende in Husum der Staatssekretär im Justizministerium, Prof. Ehmke. Er war der Auffassung, daß die SPD doch lieber erst 1970 über die Einführung eines neuen Wahlrechts entscheiden sollte. Das schlug er vor,

obwohl die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 und eine erst unlängst besiegelte Koalitionsabsprache ausdrücklich eine Entscheidung über die Einführung des Mehrheitswahlrechtes vor 1969 vor-

## Ein neuer Grass?

Der Schriftsteller Günter Grass hat in einem offenen Brief gegen den „linksradikalen Terror“ studentischer Kreise protestiert und ihn mit dem SA-Terror der 30er Jahre verglichen.

Grass ist kein Mann, dem man nachsagen könnte, er bekenne sich vorbehaltlos zur Bundesrepublik. In der Vergangenheit hat gerade er sehr häufig bewiesen, daß er recht kritisch zu unserem Staat steht. Um so unverdächtiger ist seine Warnung an die Studenten, sich vor falscher Solidarität mit dem „fanatisch missionierenden“ Rudi Dutschke und seinen Anhängern zu hüten. Man sollte diese Stimme der Vernunft bei den Studenten um so weniger überhören, als Grass sich in der Vergangenheit stets für die Belange der Studierenden eingesetzt hat.

sehen. Gelten Koalitionsabsprachen für SPD-Staatssekretäre nicht?

Dann sprach an diesem mißvergnügten Wochenende noch der Bundesjustizminister Dr. Heinemann. Er

sprach in Berlin, und auch er konnte auf Seitenhiebe gegen den Koalitionspartner nicht verzichten: diesmal wurde die Berliner Mauer als Ergebnis der gescheiterten Adenauer-Politik bezeichnet. Allerdings, so berichtet die Presse, wandte er sich auch gegen weitere Vorleistungen Bonns gegenüber Ostberlins.

Freilich: die Liste des Mißvergnügens geht noch weiter: Wahlrechts- und Notstandsbeschlüsse in einer Reihe von Bezirken und Unterbezirken der SPD, SPD-Arbeitnehmerkonferenz in Dortmund, bei der Brenner gegen die Notstandsgesetze wetterte, Flügelkämpfe bei der Berliner SPD.

Auch ein Donnerschlag ist zu verzeichnen: In Barsinghausen im Hannoverschen ließ der SPD-Vorsitzende Brandt wissen, er werde als Außenminister zurücktreten, wenn er daran gehindert werde, die in der Regierungserklärung Bundeskanzler Kiesingers festgelegte Außenpolitik durchzuführen.

Die CDU/CSU-Fraktion stellte postwendend richtig, daß sie geschlossen hinter der Regierungserklärung stehe und daher zu dergleichen Äußerungen nicht der geringste Anlaß sei.

## Nur ein Drittel

Die RCDS-Mitglieder des neuen Frankfurter Studentenparlaments enthielten jetzt, daß die Witwe des am 2. Juni im Gefolge der Anti-Schah-Demonstration erschossenen Studenten Benno Ohnesorg nur ein Drittel der spontan gespendeten Mittel erhielt. Je ein Drittel steckten der ASTA von Frankfurt und der ASTA der FU in ihre Kassen. Insgesamt waren bei der Sammlung an der Uni Frankfurt 4266,- DM zusammengekommen. Auf Antrag der RCDS soll jetzt geprüft werden, ob die Spender gewußt haben, daß sie mit jeder gespendeten Mark nur 33 Pfennige an Frau Ohnesorg gaben.

Markt ausrufen, weil er damit seine eigene Position schwächt. Die Verhandlungen mit Prag und Belgrad haben gezeigt, wie schlecht es uns bekommt, wenn unsere Verhandlungspartner wissen, daß der deutsche Außenminister partout einen Erfolg will, Die Preise steigen notwendigerweise.

Brandts Nervosität hat Gründe, und sie ist verständlich. Aber er muß sich vor ostpolitischer Ungeduld hüten. Weiß er überhaupt, ob die Bundesregierung, deren Außenminister er ist, beim Wahlkampf 1969 – auf den zielt Brandt letztlich – tatsächlich Erfolge in der Ostpolitik vorweisen kann? Es erweist sich, wie schwierig es ist, wenn der Außenminister einer Großen Koalition Parteivorsitzender ist, der sich im Schatten des Kanzlers – ebenfalls Parteivorsitzender – fühlt. Die Schwierigkeiten eines Parteivorsitzenden dürfen sich aber nicht in der Außenpolitik auswirken. Die Belastungen, unter denen seit einiger Zeit die SPD steht, dürfen nicht auf die Politik übergreifen.“

Rheinische Post, 13. 2. 1967

## ...Aufgelesen...Aufgelesen...

„Brandts außenpolitische Redefreudigkeit hat einen parteiinternen Hintergrund: In vier Wochen beginnt in Nürnberg der Bundesparteitag der SPD. Die Partei ist unruhig. Nach wie vor gibt es starke Gruppen, die der Großen Koalition in Bonn ablehnend gegenüberstehen. Sie sähen lieber eine Koalition mit der FDP oder würden die Oppositionsrolle vorziehen. Deshalb lehnen sie zum Beispiel die vereinbarte Form des Wahlsystems ab.“

Brandt, Wehner, der Fraktionsvorsitzende Schmidt und die anderen Spitzenleute der Partei kennen die Unruhe der SPD. Deshalb sind sie an jedem Wochenende unterwegs. Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder haben in den Zeiten, in denen die SPD auf ihren Parteitag vorbereitet wird, einen harten Job. Der Prozeß der innerparteilichen Meinungsbildung kann

nicht erst in Nürnberg beginnen, und diesmal ist viel Meinung zu bilden.

Wer Brandt beobachtet, gewinnt den Eindruck, daß er überstrapaziert ist. Die Nervosität seiner Partei hat sich auf ihn übertragen. Er weiß nicht, was Nürnberg bringen wird, und glaubt, in der Außenpolitik einen Punkt bieten zu können, der in der Partei Selbstvertrauen und Ruhe schafft. Brandt will mit der Außenpolitik partei-interne Politik machen.

Das Interesse der Sozialdemokraten ist jedoch weniger auf die Ostpolitik als vielmehr auf Notstandsgesetzgebung und Wahlrechtsreform gerichtet. Er wird also dem Partefrieden nicht nützen, aber der Außenpolitik und dem Koalitions-Klima schaden. Wer in der Ostpolitik Erfolge erringen will, darf diesen Wunsch nicht auf dem öffentlichen

# Stichwort zum Wochen- ende

Der Chefideologe der radikalen Studenten, Dutschke, will der deutschen Öffentlichkeit mit seinen extremistischen Studententrupps einen „heißen Sommer“ bereiten. Gewaltaktionen und Störmaßnahmen dieser Junggardes maoistischer Prägung in Universität und Öffentlichkeit sind in der Tagesordnung.

Die Zielrichtung dieser radikalen studentischen Minderheit ist klar: Sie will das gesellschaftliche System der Bundesrepublik mit allen Mitteln ändern. Ohne Umschweife gibt sie das auch zu. Als willkommenen Deckmantel benutzt sie dabei allerdings die reformbedürftige Situation im deutschen Universitätswesen.

CDU, Bundesregierung und Parlament haben wiederholt ihren festen Willen bekundet und auch entsprechende Maßnahmen eingeleitet, um die Struktur der Hochschule den modernen Erfordernissen in Lehre und Forschung anzupassen. Die Einsetzung von Wissenschafts- und Bildungsrat sowie der neugegründete Beirat der Union für Fragen der Hochschulpolitik liefern dafür den besten Beweis.

Bundesregierung und Bundestag sind sich aber auch darin einig, daß die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik gegen Gewalttätigkeiten von radikalen Minderheiten geschützt werden muß. Bundeskanzler Kiesinger kündigte vor dem Deutschen Bundestag an, der Gesetzgeber werden künftig derartige Auswüchse strafrechtlich verfolgen.

Uningeschränkt gelte bei uns die Meinungsfreiheit, sagte Dr. Kiesinger. Doch niemandem könne es erlaubt sein, seine Meinung unter Verletzung von Recht und Gesetz auszudrücken.